

Was ist los im Obwaldner Asylwesen?

Wie präsentiert sich die Situation im BAZ (Bundesasylzentrum) Glauenberg?
Hat Obwalden, hat die Schweiz, haben wir im Asylwesen noch den Durchblick und die Kontrolle - gibt es genügend Transparenz, was sagen die Zahlen und Fakten?

Transparenz: Um Details zum BAZ Glauenberg in Erfahrung zu bringen, benötigt es Auskünfte der Kantone Obwalden und Luzern sowie vom Bund. Die SVP-Fraktion des Kantons Obwalden hat mit der Interpellation «Kartell des Schweigens» bei der Obwaldner Regierung nachgefragt, Nationalrätin Monika Rüeegger beim Kanton Luzern und dem Bund.
Fazit: Im Puzzle fehlen Teile.

Zahlen: Bundesrat Beat Jans antwortete auf die Frage zum Asylstatus: «Im BAZ Glauenberg sind derzeit 220 Personen untergebracht. Davon haben 68 Personen einen negativen Entscheid mit Wegweisung erhalten.» Für die Wegweisung ist der Kanton Luzern zuständig. Auf Anfrage meldet das Amt für Migration Luzern: «Wir verfügen über keine Daten, die eine Unterscheidung nach Unterbringungsort (BAZ Glauenberg oder sonstige Unterbringungsorte) zulassen», und weiter: «Personen mit einem negativen Asylentscheid verbringen max. 140 Tage im BAZ Glauenberg.»

Fakten: Der Kanton Luzern schreibt weiter: «Rund 2/3 aller Personen mit einem negativen Asyl- und Wegweisungsentscheid, die dem Kanton Luzern zugeteilt sind, tauchen unter.» Mit anderen Worten, sie befinden sich illegal in der Schweiz.

Die Kriminalität und Diebstahlmeldungen rund um die Bundesasylzentren sind sprunghaft angestiegen. Die nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative 2010 von alt Nationalrat Toni Brunner geforderte «Strichli-Liste» zur Anzahl ausgeschaffter Personen mit Landesverweis, liegt 13 Jahre später immer noch nicht vor. Warum, wer hat den Durchblick?

Die SVP verlangt Transparenz und Handeln. Für Weiteres rund um das Asylwesen siehe

www.svp-ow.ch



Öffentliches Podium Donnerstag 11. April 2024 - 20 Uhr Metzgern Sarnen

Haben wir noch den Durchblick und die Kontrolle?

Was sagen die Zahlen und Fakten?

Besuchen Sie das öffentliche Podium und diskutieren Sie mit:



Staatssekretariat
für Migration SEM

Christine Schraner Burgener



Obwalden
Regierungsrat

Christoph Amstad



Obwalden
Nationalrätin

Monika Rüeegger